



SOLIDARISCH STATT PAUSCHALE.



Resolution

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Seniorenkonferenz am 14. Oktober 2010 in Zwickau stehen ein für eine solidarische Bürgerversicherung statt ungerechter Kopfpauschale. Für mehr soziale Gerechtigkeit und die nachhaltige Sicherung der Versorgungsqualität für alle muss die solidarische Finanzierung ausgebaut werden. Akute und chronische Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung müssen solidarisch gelöst und einseitige Belastungen der Versicherten vermieden werden. Wir brauchen mehr und nicht weniger Solidarität.

Wir fordern:

⇒ Solidarisch statt pauschal.

Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur solidarischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung beitragen.

⇒ Gleiche Beiträge von den Arbeitgebern – volle Parität!

Die Arbeitgeber zahlen seit 2005 rund 9 Mrd. Euro weniger Beiträge pro Jahr. Grund ist der Arbeitnehmer-Sonderbeitrag, den die Versicherten allein tragen müssen. Dafür gibt es keinen vernünftigen Grund – im Gegenteil: Schließlich entstehen allein den gesetzlichen Krankenkassen jedes Jahr Belastungen in Höhe von 15 Mrd. durch arbeitsbedingte Erkrankungen.

⇒ Solidarische Lastenverteilung statt Zusatzbeiträge.

Mit dem Gesundheitsfonds wurden Zusatzbeiträge eingeführt, die die Versicherten neben den Zuzahlungen, der Praxisgebühr und dem Sonderbeitrag zahlen müssen. Wir wollen, dass diese Sonderbelastungen ein Ende haben und durch einen solidarischen Lastenausgleich zwischen allen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Arbeitgebern ersetzt werden.

⇒ Kapitaleinkünfte einbeziehen.

Steigende Belastungen für die Solidargemeinschaft können auch vermieden werden, wenn hohe Kapitaleinkünfte in die solidarische Finanzierung einbezogen werden. Freibeträge sorgen dafür, dass Kleinsparer nicht belastet werden.

⇒ Private Krankenversicherungsunternehmen (PKV) in den Finanzausgleich einbeziehen. Die PKV macht Gewinne zu Lasten der Solidargemeinschaft.

